

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

Mus den Lannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Kreisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Februar 1200 M., mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 50 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 80 M., die Reklamezeile 200 M. Mindestbetrag bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Rückerstattung. Bei Abbestellung 200 M. Bei Zustellungsgebühr ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 85.

Altensteig, Dienstag den 18. Februar.

Jahrgang 1923

## Preisgabe des Stickstoffverfahrens.

Das im November 1919 abgeschlossene, aber erst jetzt von der französischen Kammer ratifizierte Abkommen der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit der französischen Regierung, das das Verfahren Haber-Bosch für die Herstellung von synthetischem Stickstoff einer zu bildenden französischen Gesellschaft zur Verfügung stellt, hat in der deutschen Öffentlichkeit eine ziemliche Unruhe hervorgerufen. Nach einer Mitteilung eines chemischen Großindustriellen an die „Frankf. Ztg.“ handelt es sich um folgendes:

Die Verhandlungen mit Frankreich begannen sofort nach dem Inkrafttreten der Bestimmungen über Kontrolle und Herstellung der Kriegsgüter. Gefordert wurde auch die Herstellung der Stickstoffanlagen, weil Ammoniak zur Herstellung von Salpeter benutzt werden kann. Ein Eingehen auf diese Forderung würde die Landwirtschaft ruiniert und die Ernährung des deutschen Volkes unmöglich gemacht haben. Es wurde daher unter Zustimmung der Regierung der Weg der Verhandlungen beschritten. Dabei wurde von den Vertretern der Entente darauf hingewiesen, daß es sich doch jedenfalls um einen Kriegsbetrieb handle und daß nach den geltenden Bestimmungen alle Verfahren zur Herstellung von Kriegsmaterial rückhaltlos auszubücheln seien und daher auch das Ammoniakverfahren. Dieser Standpunkt wurde von deutscher Seite nachdrücklich bekämpft. Den Ententevertretern kam jedoch zugute, daß die Fabrik militärisch befestigt war und die fremden Ingenieure und Chemiker, die als Kontrolloffiziere oder -mannschaften verwendet wurden, alle Einzelheiten der Apparatur aufzeichnen konnten. Schließlich gelang es den Ausländern noch, von Individuen, denen es damals wohl weniger auf das Befehlsgehalt als darauf ankam, Deutschland völlig zu ruinieren, um die Diktatur des Sekretariats zu errichten, die Einzelheiten des Verfahrens zu erhalten. So war die deutsche Regierung und Industrie vor die Alternative gestellt, daß die Drohungen wahr gemacht und damit nicht nur für Tausende von Arbeiterfamilien Arbeitslosigkeit, sondern für ganz Deutschland der Hunger verhängt werden sollte, oder ein Vergleich auf einer Basis gefunden werden könne, der Deutschland nicht schädigen dürfte. Es wurde der letztere Weg beschritten, und er führte zu einem Vertrag, der für beide Länder und besonders auch für Deutschland von großer Bedeutung war und es heute noch ist.

Zunächst hatte ein französischer Gelehrter Claude eine Modifikation des Haber-Bosch-Verfahrens gefunden, und aus patriotischen Motiven beschloß man in Frankreich, das deutsche Verfahren nicht aufzunehmen und das Claude-Verfahren auszubauen. Daß dies ein Fehlschlag war, hat man bisher nicht zugeben wollen. Zweifellos aus politischen-taktischen Gründen hat man jetzt den Vertrag von 1919 wieder hervorgezogen und die Presse mit Nachrichten darüber gefüllt. Daß damals Regierung und Industrie ihre Pflicht getan haben, wird nach Kenntnis der dargelegten Tatsachen niemand bezweifeln können.

Daß die Franzosen dieses vor mehr als drei Jahren geschlossene Abkommen gerade jetzt vor die Kammer und damit in die Öffentlichkeit gebracht haben, hat ganz zweifellos politische-taktische Gründe. Wie die ganze Haltung der Franzosen immer wieder die Absicht erkennen läßt, das Mißtrauen vor allem zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum zu verschärfen, so ist auch hier der Zweck deutlich, Verwirrung zu stiften und dadurch die deutsche Abwehr zu schwächen. Um so mehr hat die deutsche Öffentlichkeit Anlaß zu sachlich ruhiger Prüfung. Die obige Darstellung von beteiligter Seite gibt Anhaltspunkte für die Vorgeschichte des Abkommens und seine Motive. Im übrigen verweisen wir darauf, daß die Bewertung und Zurverfügungstellung von Patenten und technischen Verfahren an das Ausland so nichts Ungewöhnliches ist, sondern auch vor dem Krieg sehr häufig stattfand. Die deutsche Stickstoffindustrie ist bekanntlich trotz ihrem gewaltigen, nur durch die Notwendigkeiten des Krieges möglich gewordenen Ausbaues heute noch nicht in der Lage, die Stickstoff-Ansprüche der deutschen Landwirtschaft voll zu befriedigen. Daß sie durch eine Monopolisierung des Verfahrens einen großen Export mit synthetischem Stickstoff hätte erzielen können, den sie durch die Ermöglichtung der Fabrikation im Auslande nun preisgegeben habe, kommt aber auch

nicht in Betracht. Somit wandelt es sich offenbar um eine geschäftliche Transaktion, deren privatwirtschaftlichen Wert die Beteiligten untersuchen mögen, die aber zu einer volkswirtschaftlichen oder politischen Stellungnahme jedenfalls herausfordert und die jedenfalls mit der heutigen politischen Lage Deutschlands und seiner Stellung zu Frankreich in keinerlei Beziehungen steht.

## Holland und die Aktion im Ruhrgebiet.

Ein Holländer schreibt der „Abn. Ztg.“: Was den Deutschen in den Kriegsjahren trotz aller Propaganda nicht geglättet ist, haben die Franzosen in wenigen Tagen fertiggebracht. Sie haben Holland auf die deutsche Seite gebracht, und genau so, wie man die Deutschen angriff, als sie in Belgien einmarschierten, so ist jetzt die allgemeine Stimmung gegen die Franzosen, und zwar noch schärfer, nicht allein weil sie das Ruhrgebiet besetzt haben, sondern auch wegen der Art ihres Vorgehens. Leute, die im Kriege ausgeprochene Gegner der Deutschen waren, aber die letzten Jahre viel in Deutschland mit offenen Augen gereist sind, vor allem auch im besetzten Gebiet, die gesehen haben, wie heute noch, mehr als zur Jahre nach dem Waffenstillstand, die große Masse des deutschen Volkes in Armut und Elend leben muß, sie sind die letzten Monate ausgeprochene Gegner der Franzosen geworden und machen gar kein Hehl daraus. Die Hoffnung auf ein Scheitern der französischen Gewaltpolitik ist hier ganz allgemein, und man erwartet, daß die feste Haltung der deutschen Grenzarbeiter in diesem Krieg im Frieden den Sieg davontragen werde. Der „Telegraf“ mag freilich wüten und schimpfen, das Blatt hat keinen Menschen hinter sich, und alle Welt spricht abfällig über seine ohnmächtigen Ausfälle und kramphastigen Versuche, Frankreichs Vorgehen zu beschönigen. Man mag dem kaiserlichen Deutschland mit einem gewissen Recht den Vorwurf gemacht haben, es bestimme keine Diplomaten, jedoch ist die diplomatische Kunst zurzeit bei den Franzosen, welche sich immer von alters her hierauf etwas zugute taten, noch viel weniger vorhanden. Würden sie sonst Torheiten gegen Holland begehen wie im Ruhrgebiet, wo sie die Wagen mit Kohlen für Holland festhalten, und auf dem Rhein, wo sie verhaftet haben, nicht nur Schiffe für Holland, sondern selbst holländische Schiffe zu beschlagnahmen. Man hat der Mißstimmung hierüber, um mich mal gelinde auszudrücken, in der Öffentlichkeit ungewöhnlich Ausdruck gegeben. Frankreich hätte kein besseres Mittel erfinden können, sich die Sympathie breiter holländischer Kreise zu rauben, und je länger es mit seiner Gewaltpolitik fortfährt, desto größer wird zweifellos die Gegnerschaft werden auch bei einschläfernden Franzosenfreunden. Man hätte im Rheinland das Lob der nächstern Holländer hören müssen über die Entschlossenheit, mit welcher im ganzen besetzten Gebiet die Beamten sich den französischen Maßnahmen widersetzen. Es sind doch Kerle! war die allgemeine Meinung. Und als die Nachricht aus Essen kam von der Beschuldigung der Frankenhäuser, wo keine, von anstehenden Franzosen heillosen Kinder heraus zu ziehen; als man sah, wie die französischen Truppen überreichlich mit Milch versorgt wurden, während die kleinen Kinder keinen Tropfen bekommen konnten, sind solche scharfen, aufrichtig gemachten Wort manchem Munde entflohen, daß der französische Politikster glücklich sein kann, nicht wie vor einigen Monaten eine große Reise durch Holland machen zu müssen, denn ohne Zweifel würde er noch viel weniger Freude als das vorige Mal erlebt und mancherorts einen ganz anderen Empfang genossen haben. Wirklich, es gibt zurück in Holland keinen bessern Propagandisten für Deutschland als Frankreich.

## Die Schweiz und der Ruhrerbruch.

Im schweizerischen Nationalrat brachte Grimm (Soz.) folgende Interpellation ein: Der Bundesrat wird aufgefordert, mitzuteilen, wie er die aus der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage Europas für die Schweiz entstehenden Folgen zu bekämpfen gedenkt. Der Bundesrat wird insbesondere ersucht, die Gründe bekanntzugeben, die ihn veranlassen haben, angesichts der die europäische Wirtschaft und den Weltfrieden in so unheilvoller Weise bedrohenden Ruhrbesetzung auf die Einhaltung der Bestimmungen des Völkerbündnisses und der von der dritten Völkerbündnisversammlung gefassten Beschlüsse

und damit mit Erfüllung des aus Art. 11 der Völkerbündnisversammlung im Jahre 1920 dem Schweizer Volk gegebenen Versprechens zu verzichten.

Bundesrat Motta, der Vorkämpfer des politischen Departments, führte in Beantwortung der Interpellation aus: Der Bundesrat hat von sich aus und ohne erst eine Anregung abzuwarten, die Frage einer Intervention geprüft. Die Resolution der Völkerbündnisversammlung, auf die der Interpellant Bezug nimmt, hat aber ausdrücklich zur Voraussetzung, daß die Intervention nur auf den Wunsch eines der Beteiligten stattfinden darf. Im vorliegenden Falle trifft das nicht zu. Unter diesen Umständen lag für die Schweiz keine Veranlassung zu einem Vorgehen vor, um so weniger, als sie auf Unterstützung von dritter Seite nicht rechnen konnte. Man wußte außerdem, daß Beantwärtung einer ähnlichen Gedanken aufgegeben hatte. Auch innerhalb der Schweiz waren die Meinungen über die Opportunität eines solchen Schrittes geteilt. Der Bundesrat behält sich für später volle Handlungsfreiheit vor.

## Der Reichspräsident in Baden.

Karlsruhe, 12. Febr. Reichspräsident Ebert in Begleitung des Reichsministers Deser und des Reichskanzlers Dr. Albert am Montag vormittag 10 Uhr hier eingetroffen. Zur Begrüßung war Staatspräsident Kemmerle am Bahnhof erschienen. In der Bahnhofshalle wie vor dem Bahnhof hatte sich sehr zahlreiches Publikum zur Begrüßung des Reichspräsidenten eingefunden. Die Herren fuhren im Kraftwagen zum Staatsministerium, wo alsbald in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der badischen Regierung eine Besprechung über die durch die Besetzung Offenburgs und Umgebung geschaffene Lage stattfand. Daran anschließend wird nach 12 Uhr ein Empfang der Vertreter der Karlsruher Presse stattfinden.

Karlsruhe, 12. Febr. Um 1 1/2 Uhr empfing der Reichspräsident Ebert im Staatsministerium die Vertreter der Presse. Der Vorsitzende des Vereins Karlsruher Presse, Chefredakteur Drees, begrüßte den Reichspräsidenten und dankte für den Empfang.

Reichspräsident Ebert führte aus, daß er mit dem Reichsminister des Innern Deser und mit dem Reichskanzler Dr. Albert nicht wegen der Haltung Badens nach dem Einbruch der Franzosen nach Karlsruhe gekommen sei, sondern um sich über die neu geschaffenen Verhältnisse zu informieren. Den Einbruch der Franzosen in Baden könne man nur im Zusammenhang mit dem Einbruch in die Ruhr beurteilen. Auch hier handle es sich weniger um wirtschaftliche, als um politische Momente. Denn wir sehen erneut die jahrhundertelangen französischen Anstrengungen um die Herrschaft am Rhein aufstehen. An der Ruhr liegen Deutschlands wirtschaftliche Werte und Möglichkeiten und die Ruhr vermag, heiße Deutschland unmöglich zu machen. Wir stehen an der Ruhr in einem wirtschaftlichen Kampf um unser Dasein, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Die Stimmung an der Ruhr und am Rhein ist eine durchaus einseitige und fest entschlossene und zwar in allen Kreisen der Bevölkerung. Was wir tun können, um diesen Widerstand in seinem ruhigen und besonnenen Fortgang zu stärken, das tun wir. In der gleichen Weise begegnen wir dem Einbruch der Franzosen in Baden. Ob die Welt zur Intervention reif ist, kann noch nicht entschieden werden. Aber auf jeden Fall erwartet man von uns, daß wir unseren bisherigen Kampf weiterführen und fortsetzen. Die Ausfällungen der Weltpresse geben uns dafür den besten Beweis. Regierung und Volk stehen auch geschlossen hinter dem badischen Volk und alle unsere Kräfte wollen wir auch dem badischen Volk zur Verfügung stellen. Wie der Kampf endet und welche weiteren Entwicklungsmöglichkeiten er bringen wird, darüber läßt sich heute nichts Bestimmtes sagen. Wir können uns nicht unterwerfen, wenn wir nicht unser Land völlig preisgeben wollen.

In seinen weiteren Ausführungen betonte der Reichspräsident, daß die soeben mit den Mitgliedern der badischen Regierung geflorenen Unterredungen ein Bild vollkommener Einmütigkeit ergeben hätten. Gewiß künde die Auffassung der Reichsleitung wie ihre Haltung gegenüber den französischen Einbrüchen auch die Zustimmung des badischen Volkes. Wir hoffen, daß diese Phase unseres Daseinskampfes aus dem Ziel näherführt, das der Auechtsschaft und Unterdrückung ein Ende bereitet, um unser Volk in eine bessere Welt hineinzuführen.

Verständnis des ... unter sich so  
dann in einigen Punkten die Ausführungen des Reichs-  
präsidenten mit der Betonung, daß die Reichsregierung  
fest entschlossen ist, auf dem Boden des Rechts und der  
Gerechtigkeit zu kämpfen. Eine besondere Aufgabe hier-  
bei falle der Presse zu, auch der des besetzten Gebiets,  
die der Unterstützung der Reichsregierung in den Be-  
drängnissen sicher sein dürfe. — Nach der mittags 1/4  
Uhr beginnenden Ansprache mit Vertretern des neu  
besetzten badischen Gebiets wird der Reichspräsident von  
dem am Schloßplatz gelegenen Präsidialgebäude aus  
die aus verschiedenen Kreisen der Bevölkerung geplante  
Kundgebung entgegennehmen.

### Zur Besetzung deutschen Landes.

Zum Verbot der Ministerreisen ins Ruhrgebiet

Schreibt der „Tag“: Die Regierung wird nach  
den schon jetzt aus parlamentarischen Kreisen vor-  
liegenden Stimmen nur noch den einen Weg wählen  
können, die Note der französischen Regierung zurück-  
zuschicken und durch eine Masseneinfahrt von Ministern  
aller Länder des Reiches den Versuch machen, ob die  
französische Regierung es wirklich wagen wird, Ver-  
haftungen vorzunehmen. Der „Vorwärts“ erklärt, das  
Verbot zeigt der Welt lediglich, daß die Franzosen und  
Belgier das Ruhrgebiet als Departement de la Ruhr  
betrachten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht  
von einem ungeheuerlichen Völkerrechtsbruch, der „Vo-  
lkstanzler“ vom Gipfel französischer Heuchelei und  
die „Deutsche Zeitung“ erklart in der Note Frankreichs  
Angst vor der Abwehr. Die „Frankfurter Zeitung“:  
Diese Note stellt den Gipfel der Unberücksichtigung dar.  
Es ist natürlich nicht wahr, daß die Reise des Reichs-  
kanzlers den Zweck gehabt habe, im Ruhrgebiet Er-  
regung zu stiften, sondern der Kanzler hat lediglich  
die selbstverständliche Pflicht der Regierung, sich um  
die bedrohten Volksgenossen zu kümmern, auf sich selber  
genommen. Jedenfalls ist es ein unerhörter Eingriff  
in die Rechte der deutschen Regierung, den Reichs-  
und Landesministern künftig das Betreten des Ruhr-  
gebietes unterlassen zu wollen.

### Neue Bedrückungsnoten.

Paris, 12. Febr. Die französische Regierung hat  
dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Note zu-  
gehen lassen, in der mitgeteilt wird, daß vom 12.  
Februar ab metallurgische und andere im besetz-  
ten Gebiet fabrizierte Produkte nicht mehr  
nach dem nichtbesetzten Deutschland aus-geführt wer-  
den dürfen. Anlaß zu der Maßnahme hätten Befehle  
gegeben, die die deutsche Regierung ihren Beamten im  
Ruhrgebiet erteilt habe. Durch diese Befehle versuche  
die deutsche Regierung, Unruhen aller Art hervor-  
zurufen.

### Weitere Sanktionsmaßnahmen Frankreichs.

Paris, 12. Febr. Nach dem „Zeit Parisien“ soll in  
Paris als weitere Sanktionsmaßnahme für die Ruhr  
der Verkauf der Ruhrprodukte ins Auge gefaßt werden.

### Das Blutregiment an der Ruhr.

Weddinghausen, 12. Febr. Der französische General  
Laignelot führt hier ein Blutregiment. Er hat an-  
gekündigt, daß er vor seiner Maßnahme zurückschrede, bis  
die Bevölkerung vor ihm auf den Knien liege. Mit Tanks,  
Gewehrmaschinen und Revolvern wird die Bevölkerung  
bedroht. Auf friedliche Passanten wird wahllos  
eingeschlagen. Die Zahl der Verletzten geht in  
die Hunderte. 30 katbol. Seminaristen wurden mit Reit-  
pfeifen und Kolbenschlägen behandelt, ebenso Frauen  
und Kinder. Der Lachwanz und eine Art Ausnahme-  
zustand ist eingeführt. Verhandlungen sind an der To-  
gesordnung. — In Wanne ging es dieser Tage ähn-  
lich zu. Räubereien und Diebstahl der Soldateska sind  
an der Tagesordnung.

### Essestracht.

Der Hochsticht in seinem Herzen liegt, gleich dem, der  
eine Schlange im Busen nährt. Spätem Spruch.

### In des Lebens Mai.

Roman von Ant. Andrea.

(29) (Nachdruck verboten.)

„Ach, Mutter, verstehst Du denn nicht? Was mich  
immer wieder in den Kreis meiner feindseligen Kom-  
missionen treibt, ist allein die Vorstellung des Freiheits.  
— Eine falsche, meinestwegen, denn wirklich frei ist man  
nur, wenn man von nichts und von niemandem abhängt.  
Über bei Bier und Gesang redet man sich mit schwin-  
gelnden Tränen in ein künstliches Freiheitsgefühl hinein;  
das täuscht über den Mangel des wirklichen, wahren Hin-  
weg — wenigstens im Augenblick.“  
Frau Grohmann schüttelte mißbilligend mit dem Kopfe.  
„Warum häst Du Dich nicht zu den anderen, armen  
Studenten, hänschen? Die wollen alle vorwärts und  
werden schließlich geseht, angesehen Leute!“  
Da bligte es in seinen blauen Augen auf; um den em-  
pfindsamen Mund unter dem blonden Schuurbüschchen  
suchte es verächtlich. Mit diesen zufriedenen, achbaren  
Durchschnittsmenschen ging er nie zusammen! Er wollte  
wie der Adler Höhen durchschneiden oder an Klippen zer-  
schellen.  
Seine Mutter hatte inzwischen ihre Stopferei beendet.  
Sorgfältig tat sie alles an Ort und Stelle; Hans aber  
stand und starrte ins Leere. Eine Weile wagte sie nicht,  
ihn zu stören. Schließlich fragte sie besorgt: „Ach, Gott,  
hänschen, wo bist Du bloß wieder?“  
Er holte tief Atem. Ganz verdrückt richtete er den Blick  
auf sie.  
„Fort war ich, Mutter! Weit fort. In fremden Hän-  
dern, wo Berge von Arbeit liegen und das bishigen Leben  
zu erhalten ein Kampf ist!“  
Einige Wochen war Mumm unregelmäßig fleißig. Wenn

### Ein Ausgewiesener.

Frankfurt, 12. Febr. Der Regierungspräsident von  
Hiesbaden, Hähnisch (Soz.), lehnte das Ansin-  
nen ab, das besetzte Gebiet zu verlassen. Er erklärte,  
daß er nur der Gewalt weichen werde. Daraufhin  
wurde Hähnisch in einem französischen Militär-  
automobil über die Grenze des besetzten  
Gebietes gebracht.

### Neues vom Tage.

Zas deutsche Volksopfer.

Berlin, 12. Febr. Der Geschäftsjahresbericht des Deutschen  
Volksopfers stehen bis zur Stunde neben einer An-  
zahl Devisen rund 1,6 Milliarden Papiermark zur  
Verfügung. Nicht einbezogen sind in diesen Betrag  
die bei den Sammelstellen und vielfach gebildeten Lan-  
desausschüssen noch vorhandenen Beträge. Ebenso ste-  
hen Sendungen aus dem Ausland noch aus. Der in  
dem Aufruf des Reichspräsidenten erwähnte Ver-  
trauensauschuß des Deutschen Volksopfers wird in  
den nächsten Tagen zusammentreten. Zwischen dem  
Deutschen Volksopfer und der Ruhrhilfe ist ein enges  
Einverständnis hergestellt worden.

### Widerum Raub deutschen Landes.

Berlin, 12. Febr. Der Vorsitzende der Völkerver-  
sämmlung, Poincare, hat die Note der deutschen Regie-  
rung vom 30. Dezember 1922 wegen der Zuteilung des  
deutschen Dorfes Haag an die Tschcho-Slowakei durch  
ein Schreiben beantwortet, in dem es heißt, daß auf Grund  
neuer Erhebungen die Völkerverversammlung beschloßen hat,  
die Gemeinde Ostschlo-Deutschland zuzuteilen und die von  
der polnisch-tschcho-slowakischen Grenzkommission be-  
schlossene Zuteilung des Gebietes von Haag an die Tschcho-  
Slowakei aufrecht zu erhalten. Diese Orte bilden mit  
Schandau, aber das noch nicht entschieden worden ist, in  
wirtschaftlicher und religiöser Hinsicht eine Einheit, und  
wiederholt haben die Bewohner dieser Gebiete ihren Wil-  
len bekundet, bei Deutschland zu bleiben. Gründe für die  
Zuteilung von Haag an die Tschcho-Slowakei wurden  
nicht angeführt.

### Neues Ultimatum der Türkei.

London, 12. Febr. Eine Reuter-Depesche besagt, daß  
die Türkei den Verbündeten ein Ulti-  
mum überreicht hat, in dem die Frist zur Räu-  
mung des Hafens von Smyrna durch die alliierten  
Kriegsschiffe bis zum Dienstag verlängert wird. Aus  
London wird gemeldet: Die Zahl der augenblicklich  
vor Smyrna liegenden Kriegsschiffe setzt sich folgender-  
maßen zusammen: Es befinden sich dort 11 englische,  
4 französische, 3 italienische und 4 amerikanische Kriegs-  
schiffe, zu denen noch das 12. englische Schiff, das  
sich unterwegs befindet, kommen wird. Diese Schiffe  
halten den Hafen und die Stadt von Smyrna unter  
ihren Kanonen.

### Aus Stadt und Land.

Montag, 13. Februar 1923.

— Steuerfreiheit für die Ruhrhilfe. — Das Reichs-  
finanzministerium hat die Finanzämter ermächtigt, bei  
der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer den  
Abzug von Beiträgen an eine Hilfsorganisation, die  
aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebiets ins Leben  
gerufen worden ist, vom Einkommen in voller Höhe  
zuzulassen und ebenso den Arbeitslohn, der einer sol-  
chen Hilfsorganisation zur Verfügung gestellt wird,  
vom Steuerabzug und von der Einkommensteuer zu be-  
freien.

Stuttgart, 12. Febr. (Reise des Staatspräsi-  
denten.) Staatspräsident Dr. Hiebert hat sich nach  
Karlsruhe begeben, um sich mit dem Reichspräsidenten,  
der dort zum Besuch eingetroffen ist, sowie mit der ba-  
dischen Regierung zu besprechen.

Stuttgart, 12. Febr. (Gegen Gerüchte.) Staats-  
präsident Dr. Hiebert antwortete auf Anfrage einem Ver-  
treter des „N. L.“ etwa folgendes: „Das Gerücht, als  
sei die württembergische Regierung oder wenigstens ich für  
meine Person zu Sonderabmachungen über die Kohlenver-  
sorgung unseres Landes mit Frankreich bereit, ist borer  
Unfug. Wir denken nicht an etwas deraartiges. In  
allen meinen bisherigen Erklärungen habe ich scharf be-  
tont, daß sich die württembergische Regierung hinter die  
Politik der Reichsregierung stelle. Das gilt auch für  
die Kohlenfrage. Es ist uns übrigens bisher keinerlei  
Angebot in dieser Richtung gemacht worden und ich glaube  
auch nicht, daß nach meinen Erklärungen im Landtag und  
im Finanzausschuß ein solches Angebot gemacht werden  
wird. Sollte es aber erfolgen, so würde es unsere Hal-  
tung nicht ändern können. Wie das Gerücht entstehen und  
sich so hartnäckig erhalten konnte, ist mir unerfindlich.  
Aus meinen öffentlichen und privaten Äußerungen kann  
es jedenfalls nicht herausgelesen worden sein. Öffent-  
lich wird es nunmehr endgültig.“

Stuttgart, 12. Febr. (Württemberg und  
Hohenzollern.) Der Staatsrechtliche Ausschuß des  
Landtags hat den Gesetzentwurf über einen Gerichts-  
gemeinschaftsvertrag mit Preußen über die Zuteilung  
des Amtsgerichtsbezirks Balingen zum Landgerichtsbezirk  
Heddingen beraten und dem Entwurf mit 8 Ja gegen  
1 Nein und 2 Enthaltungen zugestimmt. Mit Nein  
stimmte nur ein Vertreter des Zentrums, während 2 Ab-  
geordnete der Bürgerpartei sich der Stimme enthielten.  
Eine Entschließung ersucht die Regierung, mit den in ihrer  
Erzitzung betroffenen Rechtsanwälten in Hottweil (2-3) in  
Verhandlungen einzutreten, um ihre Ueberfiedlung nach  
Heddingen bzw. Verwendung im Staatsdienst zu ermög-  
lichen.

Presservergehen. Wegen eines Vergehens gegen  
das Gesetz zum Schutze der Republik, begangen durch  
Veröffentlichung von zwei Artikeln in der „Süddeutschen  
Arbeiterzeitung“ wurden vom hiesigen Schwurgericht die  
Redakteure Albert Schreiner und Max Hammer  
zu 6 bzw. 4 Monaten 15 Tagen Gefängnis, sowie zu je  
100 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Waffenhofen, O. A. Bradenheim, 12. Febr. (Die  
hummeln Schafe.) Der Zug der Jägerbahn fuhr  
in eine Schafherde hinein, die aus dem neben der Bahn  
liegenden Fiech ausgebrochen war. Ungefähr 12 Au-  
terichafe wurden getötet und einige weitere verletzt, die  
notgeschlachtet werden mußten.

Weinsberg, 12. Febr. (Von der Weinbauver-  
suchsanstalt.) Der Vorstand der staatlichen Weinbau-  
versuchsanstalt in Weinsberg, Prof. Dr. Reihner,  
ist seinem Ansuchen entsprechend in den bleibenden Ruhe-  
stand versetzt worden.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Reichskanzler-Spende. Der Reichskanzler hat aus ihm  
persönlich zur Verfügung stehenden Mitteln 500 000  
M. für die Hinterbliebenen des in Brechten erschot-  
tenen Bergmanns und Schuldieners Haumann über-  
wiesen.

Die neue Wohnungsabgabe. Im Wohnungsausschuß  
des Reichstags ist die Entscheidung über die Höhe  
der Wohnungsabgabe nunmehr endgültig dahin ge-  
fallen, daß diese Abgabe auf das 30fache der Frie-  
densmiete festgesetzt wird. Davon soll nach einem  
weiteren Beschluß des Ausschusses ein Betrag von  
40 M. auf den Kopf der Bevölkerung an den Aus-  
gleichsfonds abgeführt werden.

Trotdem gestand er in elegischem Ton, daß ihm ein  
sogenannter „Charakter“ abginge, um mit den Plaudereien  
und den Entbehrungen, die der Kampf ums Dasein ihm  
auferlegte, feindsigen Sinnes abzusprechen. Er hielt die  
Armut wenigstens für sein größtes Unglück.

„Das wundert mich,“ sagte Edel naiv. „Ich dachte,  
die gebildeten Leute, die eine Berufstätigkeit haben, wären  
eigentlich die angesehensten in der bürgerlichen Gesellschaft,  
obgleich sie meistens nicht reich sind. Jedenfalls kann ich  
mir Ihre Armut nicht so schlimm denken, Herr Grohmann!  
Mit einer ähnlichen habe ich ja selbst zu kämpfen, sonst  
würde ich mich schwerlich ab, mein bishigen Talent bei  
Ihrer Schwester auszubilden und nebenbei allerlei zu  
lernen, was für meinen künftigen Beruf nützlich und nötig  
sein wird. Manches scheint es mir, als seien vorwärts  
Leute schlechter daran als geborene Arme.“

Hans sah das schöne, vornehme Mädchen von der Seite  
an. „Vermutlich werden Sie einst eine große Künstlerin,  
oder Sie heiraten einen sehrreichen Mann, den der Zu-  
fall Ihnen im geeigneten Augenblicke in den Weg pflanzt,  
daß Sie über ihn stolpern müssen.“

Das wirkte so komisch auf Edel, daß sie hell auf-  
lachte.  
„Ja, nette, wo Sie hinauswollen,“ sagte Edel. „Sie  
trauen weder meiner Strebsamkeit, noch glauben Sie, daß  
ich zur Künstlerin berufen bin, deshalb empfehlen Sie mir  
den Zufall mit dem reichen Manne!“

„Nein, — gewiß nicht!“ beteuerte Hans und seine Augen  
beträmen blanz und Feuer. „Ich finde es aber jammer-  
schade, daß ein Mädchen von Ihrer feinen, goldenen Art  
in den Staub der großen Heerstraße treten soll. Sie  
müßten immer nur auf Blumen schreiten, weiße, fliehende  
Gewänder müßten Sie tragen, und nie dürste das Gemeine  
den Saum Ihres Kleides berühren!“

Er ritz seinen Hut vom Kopfe und schüttelte die blonde  
Haarlocke auf seiner Stirn. Er glühte und sein junges  
Blut ging in Wogen; es war das Ende seiner Selbst-  
beherrschung. „Berzählen Sie!“ stammelte er. „Es ist  
natürlich Unfug, — mein Ideal nämlich. Ich sah es so,  
— wie ich Sie sehe. Ideale zerfallen einem aber stets  
unter den Händen. Das ist gut. Wer wäre ich sonst, daß  
ich meine Augen zu Ihrer Höhe emporrichten dürfte!“  
(Fortsetzung folgt.)



Der Roman eines prägnanten Prophezes. Prinz Karl Egon zu Hohenlohe, Propst in Hermannstadt, der vor seiner Ernennung zum Bischof stand, hat, nachdem er der geistlichen Würde entsetzt hatte und Lutheraner geworden war, vor einigen Tagen in Budapest ein Panoramabild aus einem photographischen Atelier gezeichnet.

Der orthodoxe Erzbischof Polens ermordet. Das Haupt der orthodoxen Kirche in Polen, der Warschauer Metropolit Georgij, wurde von dem Cholmer Archimandrit Emaragd Katjzjenski durch drei Revolverkugeln getötet.

Eine demokratische Kulturtagung. Im Auftrag des Kulturamtes der Demokratischen Partei haben Professor Walter Goeß, Dr. Gertrud Bäumer und Abg. Erlesenz am 24. und 25. Februar eine „Demokratische Kulturtagung“ nach Leipzig berufen. Bei der Leipziger Veranstaltung soll der erste Tag den Fragen „Demokratie, Religion und Kultur“ gelten, und diese Fragen sollen von Gertrud Bäumer, dem Marburger Theologen Professor Hermelink, dem Weimarer Schulrat Rathesius und dem Pfarrer Vic. Geibel (Apollensdorf) behandelt werden. Am zweiten Tage wird man die Not der geistigen Arbeit und die Bildungsfrage in Deutschland besprechen. Ueber Erhaltung des produktiven Schaffens in Wissenschaft und Kunst referieren der Reichsanwalt Dr. Redtsch und Professor Dr. Gerland (Jena). Ueber den Nachwuchs für die geistige Arbeit redet der Berliner Professor Westphal und über „die Krisis der Bildungsjahre“ der badische Kultusminister Professor Hellwach. Schließlich werden Dr. Hans Mühl (Frankfurt) und Dr. Juste Meyer (München) von der „geistigen Not der Jugend“ berichten.

Lawinsturz. Die Vorarlberger Blätter berichten, sind im Lauf der letzten Woche am Arlberg etwa 20 mächtige Lawinen niedergegangen, die mehrere Strecken der Arlbergbahn verschütteten, so daß der Jugoverkehr vollständig eingestellt werden mußte.

Wilhelm Konrad Röntgen f. Der Entdecker der Röntgenstrahlen, Geheimrat Wilhelm von Röntgen, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, ist in München im Alter von 78 Jahren gestorben. Ein Mann der Wissenschaft, dem eine der größten und bekanntesten Entdeckungen gelungen ist. Es gibt wohl kaum eine wissenschaftliche Leistung, die ihren Entdecker so allgemein populär gemacht hat, wie die Röntgenstrahlen. Röntgen, 1845 in Vennepe geboren, ging, nachdem er in Jülich 1869 promoviert hatte, 1870 als Assistent an die Universität Würzburg und Strahlburg, 1875 folgte er einem Rufe als Professor der Landw. u. d. med. Hohenheim, war 1876 bis 1879 a. o. Professor in Strahlburg und dann Direktor des physikalischen Instituts in Gießen. 1900 wurde er nach München berufen. Im Dezember 1895 entdeckte er eine „neue Art von Strahlen“, die er zunächst X-Strahlen nannte. Die hauptsächlichste Verwendung der Röntgenstrahlen ist wie bekannt, die Durchleuchtung des menschlichen Körpers, durch die Verletzungen, Knochen- oder Umstellungen am Skelett und den inneren Organen festgestellt werden können. Auch bei Geschwülsten aller Art, bei Asthma usw. haben die Röntgenstrahlen vorzügliche Dienste geleistet. Der große Forscher hat die seitene Ehre erfahren, daß ihm schon bei Lebzeiten ein Denkmal in Berlin und eine Gedenktafel in Würzburg errichtet wurden. Im Jahre 1900 erhielt er den Nobelpreis für Physik.

„Ich möchte mein Gewehr an den Männern der Hölle zerbrechen!“ Unter den Vereinen der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Belgien führen die sozialistischen im Banner das Bild eines belgischen Soldaten, der sein Gewehr über den Ärmel zerbricht. Diese Verherrlichung des pazifistischen Gebahrens erregte natürlich in den nationalistischen Kreisen Belgiens tiefe Entrüstung. Nun hat ein belgischer Zeichner, der auf den wohlklingenden Namen „Dohse“ hört, die Verunglimpfung in sich gefaßt, dieser Entrüstung künstlerischen Ausdruck zu verleihen und ein anderes Bannerbild zu schaffen, welches einen belgischen Soldaten mit gehobenem Gewehr darstellt. Unter diesem Bild sind die Worte zu lesen: „Ich möchte mein Gewehr an den Männern der Hölle zerbrechen!“ Der Verband der nationalistischen ehemaligen Kriegsteilnehmer in Belgien hat jetzt beschlossen, ein Banner mit diesem Bild zu schmücken, und der belgische General Lemercier hat vom König den Auftrag erhalten, dem Verband ein mit diesem Bild „gezierter“ Banner zu übergeben. Glücklicherweise, so schreibt „Der Deutsche“, hat zu diesem Bild keiner jener belgischen Soldaten Model gestanden, die in Neuz beim Gerannachen einer deutschen Feuerwehrspritze, die sie für einen Tonk hielten, in ein derartiges Entsetzen gerieten, daß sie, von Panik ergriffen, die Waffen wegwarfen und die Hände in die Höhe hielten.

„Lustige Geschichten“ erzählt Ernst Namann im neuesten Heft der „Gartenlaube“. Wir wählen davon die folgende Anekdote:

#### Schlagfertig.

Der Major Knackstiefel und der Oberleutnant Eichelberg konnten sich durchaus nicht vertragen, und jeden Abend beim Schoppen hielten sie sich. Der Major war nervös, der Oberleutnant aber ruhig, der Major konnte Hunde nicht ausstehen, der Oberleutnant liebte diese, und ganz besonders seinen langhaarigen großen Schäferhund Joo, luntig.

Eines Abends sitzen sie wieder „den Stammtisch rund“, wie Busch so schön sagt; der gute Hund Joo hat seinen Herrn getreulich begleitet und sich unter dem Tisch gelagert, zufällig in der Nähe des Herrn Majors. Dieser ärgert sich darüber und sagt zum Oberleutnant: „Rehmen Sie doch Ihren greulichen Rüter von mir weg, Eichelberg! Weiß Gott, ich glaube, ich habe schon Fische!“

Worauf Eichelberg zu seinem Hund sagt:

„Joo, geh da weg. Herr Major hat Fische!“

Der Major war blatt und zog es nun doch vor, mit dem schlagfertigen Oberleutnant und dessen Hund einen Kompromißfrieden zu schließen.

## Gaben für das Ruhrgebiet

nehmen fortgesetzt die bekannten Sammelstellen sowie die Geschäftsstelle des Blattes ent...

## Zahlungsverkehr auf Goldbasis.

Eine Eingabe des Zentralverbandes des deutschen Großhandels an den Reichswirtschaftsminister macht auf die Mißstände aufmerksam, die sich mit der fortwährenden Entwertung der Mark und infolge Fehlens eines werthständigen Zahlungsmittels herausgestellt haben, und zu deren Beseitigung der Verband die Einführung der Goldmark im Zahlungsverkehr und Kreditverkehr verlangt. Zunächst kommt diese Eingabe auf die Entwicklung, die der Zahlungsverkehr bisher genommen hat, zurück. Die früher üblichen langfristigen Kontrakte mit den Abnehmern mußten infolge der Schwankungen des Markwertes scheitern. Die freibleibenden Kontrakte, d. h. solche, bei denen die Preise erst im Augenblick der Warenlieferung festgestellt wurden, erwiesen sich bei einem Konjunkturmehrwert als untauglich. Die Versicherung des Risikos aus der Wertveränderung zwischen ausländischer Währung und Reichsmark durch Devisentermingeschäfte in ausländischer Währung wurde durch die außerordentlich hohen Reportsätze auf allen Gebieten erschwert, Reportsätze, die 14.20 und 25 v. H. pro Monat betragen. Daher ging die Industrie immer mehr dazu über, Verkaufskontrakte in ausländischen Zahlungsmitteln zu schließen. Sie übertrug dadurch die Schwierigkeiten von sich auf den Großhandel, der nun seinerseits entweder per Kassa oder per Termin Devisen zu kaufen genötigt war. Das war aber nur demjenigen möglich, der die nötigen Devisenmittel oder den nötigen Kredit besaß. Der Ansturm auf den Kreditmarkt verteuerte Kredit und Waren. Die Devisenordnung vom Oktober 1922 hat die Schwierigkeiten nur noch verstärkt. Das Versprechen, die Frage durch Schaffung eines werthständigen Papiers zu lösen, sei nicht gehalten worden. Die Lösung der Schwierigkeiten sieht der Zentralverband in der Einrichtung des Goldmarkverkehrs. Er schlägt vor:

1. Die Reichsbank erklärt sich künftig bereit, für handelsgerichtlich eingetragene Firmen Goldmarkkonten in gleicher Weise zu führen, wie heute Reichsbankgirokonten Papiermark geführt werden;

2. Vorbehaltlich der Festlegung näherer Einzelheiten könnte die Eröffnung dieser Goldmarkkonten von der Reichsbank sowohl durch Einzahlung von gemünztem Gold und durch Einzahlung von Devisen und durch Einzahlung von Papiermarkbeträgen zum Kurse des der Einzahlung folgenden Börsentages erfolgen;

3. Die Verfügung über die Goldmarkguthaben müßte sowohl durch Ueberweisung von einem Konto auf das andere möglich sein, wie durch Rückzahlung nach vorheriger einseitiger Kündigung zum Kurse des der Kündigung folgenden Börsentages;

4. Da eine Kursnotierung des Geldes nicht stattfindet, könnte der Kurs der Goldmark vorläufig nur bestimmt werden auf dem Umwege über den Kurs einer zweifelsfreien ausländischen Währung, nach den obwaltenden Verhältnissen, also nur der nordamerikanischen.

Der Zentralverband steht auf dem Standpunkt, daß nach Einführung des Goldmarkverkehrs die Regierung nicht nur die Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln, sondern darüber hinaus auch noch die Fakturierung auf ausländischer Wertbasis verbieten könne. Als Erfolg sieht er eine ganz erhebliche Beschränkung der bisher erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel voraus. Das Devisenauszahlungsgeschäft würde bei der Reichsbank und den Privatbanken zentralisiert werden und damit eine wesentliche Ersparnis der ausländischen Zahlungsmittel eintreten. Dem Goldmarkverkehr bei der Reichsbank würde der bei den Privatbanken folgen. Natürlich müßte die Reichsbank die Führung haben, um ungleichartige Bedingungen zu vermeiden und einen reibungslosen Verkehr sicherzustellen. In den Vorschlägen gehört, daß neben dem Goldmarkguthaben auch der Goldmarkwechsel eingeführt wird, d. h., daß die Reichsbank in Zukunft von ihrem bisherigen Prinzip, nur Papiermarkwechsel zu diskontieren, abgehen müsse. Der Goldmarkwechsel würde die jetzigen Nachteile des Papiermarkwechsels zum Nutzen der Allgemeinheit beseitigen. Er würde ferner eine Entlastung auf dem Devisenmarkt herbeiführen, da die bisherigen Papiermarkguthaben aus der Diskontierung der Wechsel zum großen Teil zu Devisenankäufen benutzt würden. Der Goldmarkwechsel würde die oben erwähnten Uebelstände der Papiermarkkredite, Absatzschwierigkeiten bei steigender Mark und Interesse an der Markverschlechterung, würde auch die Gleichstellung im Kreditguthaben und -nehmen herbeiführen, ferner möglicherweise ein stärkeres Zurückfließen von Papiermarkbeträgen bei den Banken, was im Interesse der kreditbedürftigen Wirtschaft zu begrüßen wäre. Einem weiteren Sinken der Papiermark würde man dadurch entgegenwirken, daß die Papiermark als ausschließliches Zahlungsmittel im Inland unter allen Umständen erhalten bleibe. Es dürfte also auch die Auszahlung von Goldmarkguthaben niemals etwa in Devisen erfolgen. Die Goldmark könnte naturgemäß nur an eine ausländische Goldwährung gebunden sein. Man könne nicht in allen Fällen jede Verpflichtung in ausländischer Währung durch eine an eine ausländische Währung gebundene Goldmark decken.

Infolge einer gewissen Animosität gegen die Reichsbank, die viele Kreise für zu stark verknüpft mit der Devisenwirtschaft des Reiches hält, schlägt der Zentralverband die Gründung einer besonderen Bank vor, an der sich die Reichsbank beteiligt und die auch das Ausland und privatwirtschaftliche Kreise für zweckmäßiger und solider halten. Der Reichsbank müßte dann natürlich die Diskontierung von sogenannten Handelswechseln als Markwechsel und die damit geschaffene Notensituation abbauen und außerdem verpflichtet werden, ihre Organisation zur Verfügung zu stellen.

## Spiel und Sport.

Einigungsabreden zwischen Turnern und Sportfr. Noch immer ist zwischen den Turn- und Fußballvereinen keine Einigung erzielt, obwohl diese dringend erforderlich wäre, sollte der ganzen Sportfrage nicht schwerer Schaden zugefügt werden. Die in Bayern verbreiteten Nachrichten, wonach dort die Streitfrage vor dem Abschluß steht, findet auch im Brandenburgischen erfreulichen Widerhall. Nach einem Beschluß ist der B.V.M.B. mit dem Kreis III der F.F., dem B.V.F. und dem Kreis I des D.S.B. in Verbindung getreten, um die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der vier Verbände unter dem Namen „Brandenburgischer Verband für Leibesübungen“ vorzuschlagen. Man hofft, von diesen neuen Verhandlungen, die in kurzer Zeit beginnen sollen, eine endgültige Beilegung des Streits. Das von B.V.M.B. erlassene Startverbot sowie die verhängten Disqualifikationen sind für die Dauer der Verhandlungen aufgehoben worden.

## Handel und Verkehr.

Der Dollarkurs notierte am Montag in Frankfurt 28 428,75 G., 28 371,25 Br.

- 1 Schweizer Franken = 5299,20 G., 5325 Br.
- 1 französischer Franken = 1730,65 G., 1769,35 Br.
- 1 italienischer Lira = 1376 G., 1388 Br.
- 1 holländischer Gulden = 11271 G., 11328 Br.
- 1 Pfund Sterling = 130 671 G., 131 328 Br.
- 100 österreichische Kronen = 40,40 G., 40,60 Br.
- 1 tschechische Krone = 847 G., 851 Br.
- 1 spanischer Pesiado = 4438,85 G., 4461,15 Br.
- 1 dänische Krone = 5386,50 G., 5113,50 Br.

L.C. Landesproduktentörse Stuttgart, 12. Febr. Weizen, württ. 130-140 000, Sommergerste 92-104 000, Haber 65-80 000, Weizenmehl Nr. 0 240-250 000, Brotmehl 2225-250 000, Mele 60-65 000, Sen, württ. 40-44 000, Stroh (drahtgepreßt) 40-44 000 Pf. Die feste Haltung auf dem Getreidemarkt hat in den letzten Tagen der abgelaufenen Woche und an der heutigen Börse infolge Rückgangs der Devisen eine etwas ruhigere Stimmung auskommen lassen. Das Geschäft beschränkte sich auf den dringendsten Bedarf.

Stuttgarter Börse, 12. Febr. Der andauernde Rückgang des Dollars brachte über den Sonntag aus den Kreisen der ausländischen Kapitalisten soviel Verkaufsaufträge zur heutigen Börse, daß die Kaufaufträge zu meist in der Minderheit waren. Die Folge davon war ein Rückgang der Kurse, welcher häufig jedoch ein zufälliger war. Im Fremverkehr waren die Kursabschwächen wesentlich schärfer, auch waren die Käufer hier zurückhaltender, weshalb Briefkurse überwoogen. Im offiziellen Markt waren Bankaktien fest. Bankaktien gewannen 300, Vereinsbank wurden er Verkaufsrecht bei 10 000 gestiegen. Notendank + 2000, Eisenwaren etwas schwächer. Gold und Silber - 8000, Rammgarn - 5000, Kottern - 8000, Filz - 3000, Weißerleber - 5000, dagegen Kattun + 3000. Auch Brauereien waren zum meist uneinbezüglich. Württ.-Hohenbräueren - 3000, Wulle - 1000, Braubaus Ravensburg + 100, junge 5000-5200, Brauerei Eßlingen + 100. Der Maschinen- und Metallmarkt hatte die meisten Kurseinbußen zu verzeichnen. Daimler - 2200, Feinmechanik gestiegen bei 149 000, Hohner - 2000, Jungbans - 7500, Eßlinger Maschinen - 8000, Dester - 500, dagegen Redarfulmer + 2700, junge 30 500 bis 30 000, Württ. Metallmanufaktur - 5000. Von den übrigen Werten verloren Anilin 12 000, Zement Heidelberg wurden bei 32 000 (- 1000) gestiegen. Rbh-Rothwell - 8000, Krumm - 1500, Seft Wachenheim - 1000, Stuttgarter Jucker - 100, Weag - 1000, dagegen Salzwert Heilbronn + 15 000.

## Letzte Nachrichten.

### Blutiger Zwischenfall.

WZB. Gelsenkirchen, 12. Febr. Heute früh 7 1/2 Uhr kam aus der Richtung Reddinghausen ein deutsches Auto durch die Hochstraße, das von einem deutschen Chauffeur geleitet wurde und in dem zwei französische Gen darmesoffiziere saßen. Da das Auto keine leuchtende Schlußnummer besaß - es war noch sehr dunkel -, hielt der in der Hochstraße postierte Schupo-Beamte das Auto an. Die Offiziere sprangen aus dem Wagen und liefen dem Beamten zu: „Hände hoch!“ Darauf entwohneten sie ihn trotz seines Widerstandes. Mitterweile war von privater Seite die etwa 500 Schritt entfernte Schupo-wache alarmiert worden, welche eine Anzahl Beamte an diese Stelle entsandte. Pöhllich erhob der eine der franz. Offiziere die Pistole und schuß dem vor ihm stehenden Oberwachmeister Gutmacher zweimal in den Hals. Der erste Schuß war ein Durchschuß, der zweite ein Streichschuß. Die beiden Franzosen und der Chauffeur liefen davon. Sie erhielten aber von den Schupo-Beamten Schüsse, wovon einer dem einen Franzosen in den Leib und dem anderen Franzosen in die Schulter drang. Die Franzosen wurden in das katholische Krankenhaus, der Schupo-Beamte ins evangelische Krankenhaus gebracht, wo er sofort operiert wurde; doch ist mit seinem Aufkommen nicht mehr zu rechnen. Der Zwischenfall hat in der Stadt eine große Aufregung hervorgerufen.

### Deutschland läßt sich keine Vorschriften machen.

WZB. Berlin, 12. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die deutsche Botschaft bezieht sich dem Außenministerium auf die Verbalnote vom 10. Februar betreffend die Reisen deutscher Minister ins Ruhrgebiet antragsgemäß zu erwidern, daß die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder, es ablehnen, Vorschriften über das Verhalten ihrer Minister von fremden Regierungen entgegenzunehmen.

Der Geschäftsträger in Brüssel ist angewiesen, der belgischen Regierung eine entsprechende Note zu übergeben.



**Die Verkehrsfrage im besetzten Gebiete.**

WTW. Offen, 13. Febr. Die Verkehrsfrage hat sich gegen den Samstag wesentlich verbessert. Die Verkehrs-schwierigkeiten auf dem Bahnhof Schamhorst sind wieder beseitigt, nachdem der Bahnhof von den Franzosen wieder freigegeben worden ist. Auch im allgemeinen scheinen die Verstopfungen des Gleise nach Osten wieder beseitigt zu sein, die durch die ungeschicklichen Eingriffe der Franzosen hervorgerufen worden waren. Die Kontrolle in den Grenzbahnhöfen ist nach wie vor sehr streng. Vor allem scheinen die Franzosen darauf zu achten, daß nicht mehr Wagen aus dem Gebiet heraus- als hineingehen.

**Die Inbesitznahme der deutschen Eisenbahnen im besetzten Gebiet durch Frankreich und Belgien.**

WTW. Paris, 12. Febr. Gasas meldet aus Düsseldorf, der Direktor für das Eisenbahnwesen im Ministerium für öffentliche Arbeiten und der 2. Direktor für Staats-eisenbahnen seien heute Vormittag in Düsseldorf angekommen und dem General Poyot übergeben worden, um als techn. Berater zusammen mit den belg. Sachverständigen die endgültige Inbesitznahme der deutschen Eisenbahnen im besetzten Gebiet durch die Alliierten durchzuführen und einen regelmäßigen Betrieb sicherzustellen. Die vorgezeichneten Maßnahmen während unvorläufig den deutschen Eisenbahnen und der interessierten Bevölkerung bekanntgegeben werden. Das deutsche Eisenbahnpersonal werde dann vor die Wahl gestellt werden, entweder endgültig aus dem Dienst auszuscheiden, oder für Rechnung und unter Kontrolle der Besatzungsbehörden weiter zu arbeiten. Das Wirtschaftskolleg der besetzten Gebiete werde in dem Maße gewährt werden, in dem die deutschen Eisenbahner (Ober- und Unterpersonal) um Wiedereinstellung nachsuchen würden.

**Die Absperrung vom unbesetzten Gebiet.**

WTW. Dortmund, 12. Febr. Die Kontrollstationen Lünen-Rord, Brackel, Schamhorst, Aplerbeck und Aplebeck lassen seit heute früh weder mit Kohlen, noch mit Rohlebensmitteln, noch mit sonstigen Waren beladene Wagen für das besetzte Deutschland durch. Nach zuverlässigen Nachrichten beabsichtigen die Franzosen und Belgier, morgen früh um 7 Uhr die Rheinischen Wesel und Cammerich zu besetzen.

**Wirksamer Einspruch.**

WTW. Düsseldorf, 12. Febr. General Denoignes hat dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf in Erwiderung auf dessen Beschwerde über die Erhebung von Zollgebühren auf Lebensmittel in Duisburg mitgeteilt, daß die Erhebung dieser Gebühren mit Steuern bis zu einem neuen Beschluß aufgehoben und die Lebensmittel sofort an ihren Bestimmungs-ort gelassen werden sollen.

**Die Offenburger Werkstätten.**

WTW. Paris, 13. Febr. Die „Temps“ aus Straßburg erzählt, daß die Verhandlungen mit den Arbeitern der Offenburger Werkstätten gescheitert, da der Direktor es abgelehnt hat, unter der technischen Kontrolle von französischen Ingenieuren die Arbeit in den Werkstätten wieder aufzunehmen. Heute Vormittag werde der sozialdemokratische Bundtagsabgeordnete Wirth, ein Bruder des früheren Reichs-kanzlers, in Apponyier eine Besprechung mit dem franz. Botschafter über die Bedingungen der Arbeitsaufnahme haben. Nach der Sitzungsmeldung beabsichtigen die Arbeiter Eisenbahner um die Belagerung des Streiks.

**Der Reichskanzler an die schwedischen Botschafter.**

WTW. Berlin, 13. Febr. Der Reichskanzler hat auf das Telegramm der schwedischen Botschafter mit folgender Depesche an den Bischof Swerblum in Upsala geantwortet:

**Wichtige Bekanntmachungen.**

**Betrifft: Brotkarten.**

Paul Brückmann, des Ernährungsministeriums über den Mehlverbrauch vom 30. Januar 1923 ist das Bezugsrecht für Mehl und Brot auf die Brotkarten für die Zeit vom 16. Februar bis 15. August d. J., nicht wie früher für laufende monatliche, sondern für wöchentliche Verbrauchzeit festgelegt.

Die Brotkarten dürfen also nur auf eine Woche, wie vorgebrucht (vom Montag bis Sonntag) eingekauft werden. Außerdem lauten die neuen Brotkarten nicht, wie bisher auf 750 Gr., sondern nur auf 700 Gr. Mehl und anstatt auf 1000 Gr. nur auf 930 Gr. Brot.

Die Ablieferung der von den Mehlhändlern und Bäckern eingenommenen Brotmarken an den Kommunalverband hat in der bisherigen Weise am 18. Februar, für die Zukunft alle 14 Tage, erstmals bis 7. März d. J. zu erfolgen.

**Betrifft: Brotpreise.**

Nach dem Rundschreiben der württ. Landesverordnungsstelle, Abteilung Getreide vom 10. Februar d. J. Nr. 710 wird der Brotpreis für ein 930 Gr. Brot ab 16. Februar d. J. auf M. 335.— festgesetzt.

Magold, den 12. Februar 1923. Oberamt: Müns.

Durch das rasche Fortschreiten der Lemierung wird gemäß § 160 Abs. II der WVO d. r. W. der zum Entgelt i. G. d. r. WVO gehörigen Sachbezüge für den ganzen Oberamtsbezirk mit Wirkung vom 1. Februar 1923 an wie folgt festgesetzt:

- I. Für männl. und weibl. Personen unter 16 Jahren: für den Arbeitstag (unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen)
  - 1. Kost 300 M.
  - 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 15 M.
- II. Für Personen über 16 Jahre:
  - A. Für Arbeitnehmer mit einfacheren Dienstleistungen:
    - a. männl. Einzelpersonen:
      - 1. Kost 570 M.
      - 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 30 M.
    - b. weibl. Einzelpersonen:
      - 1. Kost 510 M.
      - 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 30 M.
  - c. für eine Arbeiterfamilie:
    - Wohnung, Heizung und Beleuchtung 150 M.
- B. Arbeitnehmer mit höh. od. Dienstleistungen: (Bürobedienter, Werkmeister, etc. etc. mit höheren Diensten)
  - a. männl. Einzelpersonen:
    - 1. Kost 750 M.
    - 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 75 M.
  - b. weibl. Einzelpersonen:
    - 1. Kost 660 M.
    - 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 60 M.
- c. für eine Familie:
  - Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 180 M.

Die Ortsbehörden für die Arbeiter und Angestelltenversicherung werden aufgefordert, vorstehende Neu-Festsetzung des Weis der Sachbezüge auf ortsübliche Weise durch Anschlag am Rathaus bekannt zu geben.

Magold, den 12. Februar 1923. Versicherungsamt: Müns.

**Alles**

vermittelt schnell und billig eine Anzeige in der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“.

**Forstamt Pfalzgrafenweiler.**

**Rugholz-Verkauf.**

Am Montag den 19. Febr. 1923 nachmittags 3 Uhr in der W.-Lage aus Staatswald Ob. Grunweg, Landenwald, Dist. Brunnenberg, Unt. Dist. rund 260 Hektar. Nadelstammholz, 4 Hektar. Buchenstammholz, 4 Hektar. Buch. Kugel, 9 Hektar. Buch. Koller und 10 Hektar. Nadelholzst. Zum Verkauf zugelassen sind nur Kleinhandwerker, des Forstbezirks mit Ausnahme von Zimmermeistern.

**Altensteig.**

**Kaufe Brennholz**  
auch im Laxschorge  
**Reinhold Hayer.**

**Wart.**

**Ich habe noch etwas Rotklee samen**  
zu verkaufen.  
**Birkle.**

**Lehrstelle-Gesuch!**

Für einen Kriegswaisen wird bis nach der Konfirmation eine Lehrstelle bei einem tüchtigen Schweinefleischer gesucht, event. auch auf dem Lande. Der Pfleger: Fr. Weigle, Zimmerfeld.



**FEDERN DAUNEN**  
**FERTIGE BETTEN**, sowie alle übrigen **AUSSTEUER-ARTIKEL**, den heutigen Verhältnissen entsprechend, noch sehr preiswert bei **Reinhold Hayer, Altensteig.**



**Hege und Jagd**  
Altensteig.  
Einen **Kindersportwagen** zum Ehren und Segen verkauft preiswert oder tauscht gegen Lebensmittel. Wer? — sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Altensteig, 13. Febr. 23.  
**Sonder-Angebot**  
für die Zeit v. 13.—17. Febr. einschließl. so lange Vorrat reicht:  
2 Pfund Fischmehl | zusammen M. 1000  
1 " Hundekuchen |  
1 Pfund-Paket Haferflocken | zusammen  
1 " " Kaffee-Ersatz | M. 1500  
2 Pfund Birnschnitz | zusammen M. 1600  
1 " Kollgerste |  
Bringet Guck! bringet Guck!  
Dah mer mach' is' na Bäckle,  
Die Woch' mach' 'Wa' billig sel!  
Und „guck“ a'n im Commorzel!

**Fritz Bühler jr.**  
**Die beste Bezugsquelle**  
für alle  
Farben, Öle, Lacke, Mattierungen,  
Polituren, Beizen, Leim, Kitt, Glas-  
papier, Pinsel u. s. w. u. s. w.  
finden Sie bei  
**K. Ungerer**  
Spezialgeschäft für Farben u. Lacke  
Magold, Telefon Nr. 4.

**Wir empfehlen äußerst billig:**  
1a Speisefett, holl. Kristall-Zucker,  
1a Kunsthonig (flüssig), Kaffee, Tee,  
Kakao, Cichorie, Süßholz,  
Kunstmoft in div. Qual.  
Waschseife, Schmierseife, Seifen-  
pulver, Wasserglas.  
**Löwendrogerie Magold u. Ebhausen.**

